Bericht

des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 712) über die Führung der Landes-Wählerevidenz und der Gemeinde-Wählerevidenz (Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz) (Zahl 16 - 461) (Beilage 748).

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf über die Führung der Landes-Wählerevidenz und der Gemeinde-Wählerevidenz (Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz) in seiner 49. Sitzung am Montag, dem 30. Oktober 1995, und in seiner 50. Sitzung am Dienstag, dem 7. November 1995, beraten.

Landtagsabgeordneter Thomas wurde zum Berichterstatter gewählt.

Außerdem wurden gem. § 42 Abs. 1 GeOLT alle bei der jeweiligen Sitzung anwesenden Landtagsabgeordneten, die nicht dem Rechtsausschuß angehören, mit beratender Stimme beigezogen.

Ebenso wurde gem. § 41 Abs. 2 GeOLT beschlossen, daß w.Hofrat Mag. Havlicek, Abteilung II - Gemeindewesen, der von Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Jellasitz den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme an der Sitzung des Rechtsausschusses teilnehmen kann.

Nachdem der von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf und die aufgrund des § 9 des Gesetzes über die Bürgerbegutachtung und Bürgerinitiative eingelangten Stellungnahmen eingehend beraten wurden, faßte der Berichterstatter in der Sitzung am 7. November 1995 das Ergebnis dieser Beratungen in Änderungs- und Ergänzungsanträgen zusammen, wobei darin auch Anregungen aus der Bürgerbegutachtung Berücksichtigung fanden.

Die vom Berichterstatter beantragten Änderungen und Ergänzungen betreffen den § 1 Abs. 2 Z 1, den § 3 Abs. 1 und 4, den § 4 Abs. 2 und 4, den § 5, den § 6 Abs. 1 und den § 9. Außerdem sollen dem § 13 neue §§ 14 und 15 angefügt werden. Weiters soll die Anlage 1 geändert werden.

Desgleichen soll im Vorblatt der Punkt "EU-Konformität" ergänzt werden und die Erläuterungen den Änderungen im Gesetzestext angepaßt werden. Im einzelnen sollen die Erläuterungen, B. Besonderer Teil, zu § 1, zu § 5, zu § 6, zu § 9 und zu § 13 angepaßt werden und Erläuterungen zum neuen § 14 angefügt werden.

Abschließend stellte der Berichterstatter den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf mit den von ihm beantragten Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuß stellt somit den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Führung der Landes-Wählerevidenz und der Gemeinde-Wählerevidenz (Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz) mit den angeschlossenen Änderungen und Ergänzungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 7. November 1995

Der Berichterstatter:
Thomas eh.

Der Obmann:
Dr. Moser eh.

Änderungen zum Gesetzentwurf über die Führung der Landes-Wählerevidenz und der Gemeinde-Wählerevidenz (Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz)

1. § 1 Abs. 2 Z 1 lit. b lautet:

"b) Wahlen in den Gemeinderat und zum Bürgermeister sowie"

2. § 3 Abs. 1 lautet:

"(1) In die Gemeinde-Wählerevidenz einer Gemeinde sind alle österreichischen Staatsbürger einzutragen, die vor dem Tag der Eintragung das 18. Lebensjahr vollendet haben, vom Wahlrecht zum Gemeinderat nicht ausgeschlossen sind und in der Gemeinde gemäß § 17 der Gemeindewahlordnung 1992, LGBl. Nr. 54, in der jeweils geltenden Fassung, ihren Wohnsitz haben. Bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen gemäß dem ersten Satz sind auf schriftlichen Antrag in die Gemeinde-Wählerevidenz auch diejenigen Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union einzutragen, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. Im Antrag, dem die zu seiner Begründung notwendigen Belege anzuschließen sind, sind der Familien- und Vorname, das Geschlecht, das Geburtsdatum, die Staatsangehörigkeit und die Wohnadresse sowie die letzte Wohnadresse im Herkunftsmitgliedstaat anzugeben. Auf Verlangen der Gemeinde hat der Antragsteller seine Identität durch einen mit einem Lichtbild versehenen amtlichen Ausweis nachzuweisen."

3. § 3 Abs. 4 lautet:

"(4) Im Falle der Aufnahme oder der Streichung oder einer Nichteintragung nach Antrag (Abs. 1 zweiter Satz) einer Person sowie einer Änderung der Eintragung ist, abgesehen vom Falle der Streichung wegen Todesfall, der Betroffene von der Gemeinde zu verständigen."

4. § 4 Abs. 2 zweiter Satz lautet:

"Die Karteiblätter haben für jede Person die für die Durchführung von Wahlen erforderlichen Angaben, das sind Familien- und Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum und Wohnadresse und gegebenenfalls Hinweise auf weitere Wohnsitze zu enthalten."

5. § 4 Abs. 4 lautet:

"(4) In die Landes-Wählerevidenz oder die Gemeinde-Wählerevidenz aufgenommene oder aufzunehmende Personen, die zum ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst einberufen oder zum ordentlichen oder außerordentlichen Zivildienst zugewiesen werden, sind, außer im Falle einer Verlegung des Wohnsitzes, während der Leistung dieser Dienste in die Landes-Wählerevidenz oder die Gemeinde-Wählerevidenz der Gemeinde einzutragen, in der sie vor dem Zeitpunkt, für den sie einberufen oder zugewiesen wurden, ihren Wohnsitz hatten. Die bereits erfolgte Eintragung wird durch die Einberufung zum Präsenzdienst oder die Zuweisung zum Zivildienst nicht berührt."

6. § 5 lautet:

"§ 5
Einsichtnahme

In die Landes-Wählerevidenz und die Gemeinde-Wählerevidenz kann jeder österreichische Staatsbürger, der sich von ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit überzeugen will, Einsicht nehmen. Das Einsichtsrecht in die Gemeinde-Wählerevidenz steht auch Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union zu. Die in allgemeinen Vertretungskörpern vertretenen Wählergruppen können überdies aus der Landes-Wählerevidenz und der Gemeinde-Wählerevidenz Abschriften verlangen. Wenn eine Wählergruppe ein solches Ersuchen an die Gemeinde stellt, hat diese Abschriften herzustellen und der Wählergruppe gegen Ersatz der Kosten auszufolgen."

7. § 6 Abs. 1 erster Satz und der neu einzufügende zweite Satz lauten:

"Jeder österreichische Staatsbürger kann gegen die Aufnahme oder Nichtaufnahme einer Person in die Landes-Wählerevidenz und die Gemeinde-Wählerevidenz schriftlich oder mündlich einen begründeten Einspruch erheben. Das Einspruchsrecht gegen die Gemeinde-Wählerevidenz steht auch Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union zu."

8. In § 9 erster Satz wird das Wort "Gemeindewahlbehörden" durch "Wahlbehörden" ersetzt.

9. Nach § 13 werden folgende §§ 14 und 15 angefügt:

"§14

Umsetzung einer Richtlinie

§ 3 Abs. 1, § 5 und § 6 Abs. 1 ergehen in Umsetzung der Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ABl. 1994 Nr. L 368/38.

§ 15

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1996 in Kraft."

10. Die Anlage 1 lautet:

Gemeinde: Ortschaft:

Straße/Gasse/Platz:

Pol.Bez.:

Hausnummer:, Stiege:

Geschoß:, Tür-Nr.:

Wähleranlageblatt

1	Familien- und Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht.....	
2	Staatsbürgerschaft am	
3	Wohnsitz in	
4	Weitere Wohnsitze in	

Wer im Wähleranlageblatt wissentlich unwahre Angaben macht, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird mit einer Geldstrafe bis zu 6.000 S bestraft.

Ausgefertigt am 19 ..

.....
(Unterschrift)

(Die Wähleranlageblätter sind von den zur Ausfüllung verpflichteten Personen persönlich zu unterfertigen. Ist eine solche Person durch Leibesgebrechen an der Ausfüllung oder Unterfertigung des Wähleranlageblattes verhindert, so kann eine Person ihres Vertrauens die Ausfüllung oder Unterfertigung des Wähleranlageblattes für sie vornehmen.)

Auf Grund der im Gesetzestext beantragten Änderungen sind nachstehende Anpassungen in den Erläuterungen erforderlich:

1. Im Vorblatt der Erläuterungen wird dem Punkt "EU-Konformität" folgender Satz angefügt:
"Es soll damit vielmehr insbesondere der im § 14 genannten Richtlinie entsprochen werden."

2. In den Erläuterungen zu § 1 wird nach dem Wort "Gemeinderat" die Wortfolge "und zum Bürgermeister" eingefügt.

3. In den Erläuterungen zu § 5 lautet der erste Satz:

"Es muß jedem österreichischen Staatsbürger und jedem Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union das Recht offenstehen, sich von der Vollständigkeit und Richtigkeit der Landes- bzw. Gemeinde-Wählerevidenz zu überzeugen."

4. In den Erläuterungen zu § 6 lautet der erste Satz:

"Mit dem Einsichtsrecht nach § 5 korreliert das in der vorliegenden Bestimmung vorgesehene Einspruchsrecht jedes österreichischen Staatsbürgers und von Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union."

5. In den Erläuterungen zu § 9 wird das Wort "Gemeindewahlbehörden " durch "Wahlbehörden" ersetzt.

6. Im zweiten Absatz der Erläuterungen zu § 13 wird das Wort "einer" durch "eine" ersetzt.

7. Nach den Erläuterungen zu § 13 wird folgendes angefügt:

"Zu § 14:

Mit dieser Bestimmung wird Art. 14 der erwähnten Richtlinie entsprochen, der die Mitgliedsstaaten dazu verhält, in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug zu nehmen."